

# DIESE GRÜNEN!



## KINDERBETREUUNG

### ■ GEBÜHREN IN WUPPERTAL SCHON BEI NIEDRIGEM EINKOMMEN



Foto: Privat

Eltern in Wuppertal müssen weiterhin viel dafür zahlen, wenn sie ihre Kinder in eine Kita oder zu einer Tagespflegeperson schicken. In einigen Bundesländern können sie hingegen auf Entlastungen hoffen.

Derzeit prüfen mehrere Bundesländer, ob sie die Gebühr für einen Tagesstätten-Besuch abschaffen. Wann dies passiert, ist jedoch weiter offen. Rhein-

land-Pfalz verzichtet bereits seit 2010 auf Gebühren. In anderen Ländern (zum Beispiel Bayern) sind kostenlose Kitas aber kein Thema. In Niedersachsen haben sich SPD und CDU in ihrem Koalitionsvertrag für eine neue Landesregierung darauf verständigt, ab August 2018 komplett auf die Kita-Gebühren zu verzichten. Die Finanzierung liegt dann bei Land und Kommunen. Details blieben zunächst offen.

Wuppertal verlangt auch von Eltern mit einem besonders niedrigen Einkommen Gebühren, wenn deren Kinder eine Kindertagesstätte besuchen. Während im NRW-Durchschnitt erst ab einem Jahreseinkommen von 19.484 Euro überhaupt Gebühren eingezogen werden, müssen Eltern in Wuppertal schon ab einem Jahreseinkommen von 12.500 Euro für den Besuch der ersten Bildungseinrichtung

zahlen. Hingegen verlangt die Stadt Remscheid erst ab einem Einkommen von 18.000 Euro eine Kita-Gebühr und Münster stellt den Besuch der Kindertagesstätten sogar bis zu einem Einkommen von 37.000 Euro beitragsfrei. Wir bewerten den besonders frühen Gebühreneinstieg in Wuppertal als bildungsfeindlich und für Kinder nicht wohlhabender Eltern als hinderlich. Bildung muss auch in Wuppertal möglichst gebührenfrei sein. Der pädagogische Erfolg im Rahmen eines Kita-Besuchs stellt die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg dar.

Die GRÜNE Ratsfraktion möchte daher die Wuppertaler Kita-Gebührensatzung mittelfristig ändern. In einem ersten Schritt fordern wir die Verwaltung auf, eine transparente Darstellung der Kalkulation der Elternbeiträge in Kitas und in der Tagespflege vorzulegen. Nach unserer Ansicht darf es nicht sein, dass in einer Stadt mit besonders vielen Menschen in wirtschaftlicher Armut auch noch deren Kinder durch die Gebührenhürde beim Besuch der ersten Bildungseinrichtung benachteiligt werden. So wird den Kindern durch die kommunale Gebührensatzung letztlich der Ausstieg aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen mittels Bildung besonders schwer gemacht.



### GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

wichtige Themen im Dezember sind der städtische Doppelhaushalt, den wir Ihnen vorstellen, und unsere Anträge, die wir dazu gestellt haben.

SPD und CDU schlagen vor, Wuppertal den Titel als grünste Stadt abzuerkennen, denn sie möchten 110 Hektar für Wohnbebauung zur Verfügung stellen. Da machen wir GRÜNEN nicht mit – unsere Argumente können Sie hier nachlesen.

Das Thema „Nachhaltige Mobilität“ beleuchten wir von unterschiedlichen Seiten, berichten über das Bündnis gegen Armut und viele GRÜNE Initiativen.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

## WAS BRAUCHT WUPPERTAL AUF KEINEN FALL?

### ■ 110 HEKTAR MEHR BAUFLÄCHE, WIE SPD UND CDU FORDERN

SPD und CDU wollen 110 Hektar neue Wohnbaufläche in Wuppertal ausweisen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann diese Forderung nicht nachvollziehen und hält das Ansinnen für keine gute Idee.

Natürlich freuen wir uns darüber, dass Wuppertal endlich wieder wächst. Noch vor zwei Jahren gab es Einwohnerprognosen, die Wuppertal für den Zeitraum bis 2020 eine Bevölkerungsabnahme von 1,5% und bis 2030 sogar bis 4,4% auf dann 328.000 Einwohnerinnen und Einwohner voraussagten.

Jetzt soll Wuppertal also wachsen, im Vergleich zu 2010 lebten im vergangenen Jahr 10.000 Menschen mehr in unserer Stadt, bis 2020 soll sie auf über 360.000 Einwohner\*innen anwachsen. Was bedeutet das aber für die Stadtstruktur und für die Angebote, die wir für diese Menschen vorhalten müssen? Brauchen wir tatsächlich mehr Raum, um die hierfür notwendigen Wohnungen anbieten zu können? Und wie glaubwürdig sind solche Langzeitprognosen, wenn man bedenkt, dass bis vor Kurzem noch davon ausgegangen wurde, in wenigen Jahren den Rang als siebtzehntgrößte Stadt Deutschlands an Bielefeld abgeben zu müssen?



#### Qualität statt Quantität

Bekanntermaßen sind Prognosen immer schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. Bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gab es weit über 400.000 Wuppertaler\*innen, die aktuell für das Jahr 2020 erwartete Einwohnerzahl von 360.000 gab es zuletzt 2003, also vor gerade einmal vierzehn Jahren. Und obwohl die Bevölkerungsentwicklung über Jahrzehnte hinweg konstant rückläufig war, gab es keinen entsprechenden Rückgang bei den Verkehrs- und Siedlungsflächen. Im Gegenteil: von 1995 bis 2013 entstanden 350 Hektar neue Verkehrs- und Siedlungsflächen, der Anteil des Freiraums ging

analog um 2,1% zurück, in diesem Zeitraum verlor Wuppertal ca. 23% seiner landwirtschaftlich genutzten Flächen. Wohlgermerkt: bei rückläufigen Einwohnerzahlen.

Dem Bevölkerungswachstum soll mit zusätzlichem Flächenbedarf begegnet werden, aber warum geht der Flächenbedarf eigentlich nicht zurück, wenn weniger Menschen in der Stadt leben? Die Antwort ist einfach: weil wir (gerade in Wuppertal) immer nur mit quantitativem Wachstum, nie aber mit Qualität reagieren. Weil wir eben noch so viel Grün haben, dass wir glauben, man können doch hier noch ein bisschen, und da noch ein bisschen ... Wer aber bei jeder Entwicklung (egal ob positiv oder negativ) Druck auf die Fläche ausübt, der riskiert eben, dass Wuppertal ein Alleinstellungsmerkmal verliert: den Titel der grünsten Großstadt Deutschlands. Das hat etwas mit den fiskalischen Fehlanreizen bei der Bebauung freier Flächen zu tun. Die Baukosten sind zwar weitaus niedriger als bei der Entwicklung bereits bebauter Flächen im Innenbereich. Allerdings entsteht hierdurch neue Infrastruktur, die langfristig finanziert werden muss: Wasser- und Abwasserleitungen, Infrastruktur (ÖPNV, Straßen, Stromleitungen, Telekommunikationsanschlüsse), die in

ihrem dauerhaften Betrieb von der Allgemeinheit auch dann weiter bezahlt werden müssen, wenn die Bevölkerungsentwicklung irgendwann doch wieder rückläufig ist, soziale Angebote wie Schulen, Kindergärten und soziale Einrichtungen, die schon heute stadtwweit zu gering oder deutlich unterfinanziert sind.

#### 12.000 Wohnungen stehen leer

Gleichzeitig wird die Stadt zusätzlich zersiedelt, die Probleme in den Innenbereichen der Stadt werden weiter zunehmen, die dort bereits vorhandene Infrastruktur durch Unterauslastung entwertet (→ Problem der Kostenremanenz). Andere Städte in unserem nahen Umfeld wachsen seit Jahren konstant und haben in erster Linie auf Nachverdichtung, Ersatzbau und ähnliche Ansätze gesetzt. Jetzt, nach vielen Jahren, stoßen sie an ihre Grenzen und überlegen, um den Druck aus dem Innenbereich zu nehmen, der zu gigantischen Mieten und Quadratmeterpreisen führt, zusätzliche Wohnbaufläche auszuweisen. Diesen Druck gibt es in Wuppertal mit seinen 12.000 leerstehenden Wohnungen und den Niedrig-Mieten aber nicht.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Städtische Haushaltberatung  
2018/19

Seite 3  
Bündnis für Armut

Seite 3  
Vorgestellt: Peter Vorsteher

Seite 4  
Ausbau der Landesstraße 419

Seite 5  
Radverkehr Döppersberg

Seite 5  
Leitlinien Bürgerbeteiligung



# STÄDTISCHE HAUSHALTSBERATUNGEN 2018/19

## ■ DIE NEUE UNSICHERHEIT

Nach dem unerwartet erfolgreichen Haushaltsjahr 2017 mit einem voraussichtlichen Überschuss von einmalig 86,7 Millionen Euro durch einmalig hohe Gewerbesteuereinnahmen kann sich Kämmerer Johannes Slawig nicht entspannt zurücklehnen. Für 2018 sieht es düster aus. Der Fehlbetrag beträgt 18 Millionen Euro laut dem Haushaltsplanentwurf, der am 16. Oktober dem Rat vorgestellt wurde. Seitdem ändert sich die Zahl wie die Wasserstandsmeldungen.

Am 7. November waren es nur noch fünf Millionen Euro, dankt der reduzierten Umlage an den Landschaftsverband Rheinland. Da diese Reduzierung jedoch erst im März 2018 in der Landschaftsversammlung beschlossen werden soll, darf sie noch nicht im Haushalt abgebildet werden, und so beträgt der offizielle Fehlbetrag zurzeit 13 Millionen Euro.

### Das Minus und die Folgen

Weil es keinen ausgeglichenen Haushalt gibt, erhält Wuppertal auch für dieses und das nächste Jahr keine Mittel (60 Millionen Euro für 2017, 40



Millionen Euro für 2018) aus dem Stärkungspakt. Und das hat Folgen: Die Ansprüche bleiben bestehen und die Summen werden voraussichtlich 2019 an die Stadt ausgezahlt. Die Beträge müssen durch Kassenkredite vorfinanziert werden. Nach der Verabschiedung im Rat am 18. Dezember wird die Bezirksregierung den Haushalts-

plan für 2018 und 2019 zur Kenntnis nehmen, also nicht genehmigen, aber auch keine weiteren Maßnahmen treffen.

**Der Sparkommissar kommt also nicht** Wuppertal hat dann mal wieder eine vorläufige Haushaltswirtschaft, der Kämmerer regiert. Eine Veränderungs-

nachweisung mit den dann bekannten Veränderungen wird am 18.12. dem Rat der Stadt vorgelegt. Er wird sie voraussichtlich beschließen, wissend, dass es auch nur ein vorläufiger Stand ist (siehe oben: Landschaftsumlage). Bei weiteren Verbesserungen im neuen Jahr wird es einen neuen Haushaltsplan geben. Der könnte bei einer Steigerung der Einnahmen (zum Beispiel durch die Gewerbesteuer) sogar genehmigungsfähig (durch die Bezirksregierung) sein.

### GRÜNE Schwerpunkte

Mehr sparen geht nicht. Bei den Spielplätzen und bei Straßenreparaturen waren die Haushaltsmittel schon im Sommer 2017 aufgebraucht.

Bei unseren Kurzpraktika in den Schulferien mussten wir im Meldeamt und im Straßenverkehrsamt feststellen, dass die Personalsituation dort schon über dem Limit ist. Personaleinsparung geht also auch nicht mehr. Dazu kommt, dass die Stadt für einige Stellen (besonders Ingenieur\*innen) keine Bewerber\*innen findet, weil sie als Arbeitgeberin nicht besonders attrak-

tiv ist. Bei unseren fraktionsinternen GRÜNEN Haushaltsberatungen haben wir Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt, Soziales, Kultur und Mobilität gesetzt. Zur Ratssitzung am 18.12. legen wir dazu konkrete Anträge vor.

### Einnahmeverbesserungen

Wir können uns als Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorstellen. Auch könnten die städtischen Töchter noch mehr an die Stadtkasse überweisen. Wir hoffen auf Mittel aus dem Mobilitätsfonds der Bundesregierung (insgesamt eine Milliarde Euro), davon könnten mindestens fünf Millionen Euro nach Wuppertal fließen. Damit wäre zum Beispiel die Fahrradinfrastruktur in Wuppertal zu verbessern.

### Fazit:

Insgesamt bleibt der Haushaltsplan diesmal ein halb fertiges Gebilde – auf die Unsicherheit müssen wir uns wohl leider einstellen. Wir werden Sie im neuen Jahr über die weitere Entwicklung informieren.

## WAS BRAUCHT WUPPERTAL ...

### ■ 110 HEKTAR MEHR BAUFLÄCHE, ...

#### FORTSETZUNG VON SEITE 1

In Wuppertal sind Ansätze zur Entwicklung des Innenbereichs in den letzten Jahren nur sehr zurückhaltend angewandt worden, die auf einer Parkfläche neu entstandenen Stadthäuser an der Deweerthstraße in Elberfeld bilden hier leider nur eine Ausnahme.

Stattdessen wurden entwicklungsfähige Brachflächen im Innenbereich mit sterilen 08/15-Bauten aus der Fertighaus-Serie vollgestellt, Wohngebiete, deren Ästhetik der Computer-Entwurfsskizze auch in der Realität erschreckend ähnlich ist.

### Stadtentwicklungskonzept muss endlich erstellt werden

110 Hektar entspricht der Größe eines Innenstadtkwartiers wie der Elberfelder Nordstadt. Aber entspricht das tatsächlich dem Bedarf der kommenden Jahre? Auf welcher Grundlage wird eine solche Flächenvorgabe aufgestellt? Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln haben wir in den letzten Jahren fröhlich am Bedarf vorbei geplant und gebaut: so entstanden im Zeitraum 2011-2015 mehr als doppelt so viele 5-Raum-Wohnheiten wie benötigt. Im Bereich der 1- bis 3-Raum-Wohnungen hingegen lag der Bedarf deutlich höher als die tatsächliche Bautätigkeit. Die immer noch 12.000 leerstehenden Wohnungen in unserer Stadt sind ein Indikator dafür, dass zwar die Fläche vorhanden ist, aber nicht in der gesuchten Qualität. In den letzten Jahrzehnten hat Wuppertal viel Zeit verstreichen lassen, ohne dass die Stadtstruktur bei zurückgehenden Einwohnerzahlen so angepasst wurden, dass die Innenbereiche gestärkt, das vorhandene Wohnangebot wo nötig modernisiert und wo möglich stärker nach Außen beworben wurde: die Kampagne „Meilensteine Wuppertal“, mit der Wuppertal als Wohnstandort in anderen Städten bekannter gemacht werden sollte, wurde zugunsten von

„Wuppertal 2025“ auf Eis gelegt, die Stadtentwicklungsgesellschaft, deren Gründung CDU und SPD in ihrem Kooperationsvertrag angekündigt haben, lässt immer noch auf sich warten, und das integrierte Stadtentwicklungskonzept, das Andreas Mucke im OB-Wahlkampf 2015 versprochen hatte, wird nun durch Spendengelder finanziert, da eine Zustimmung durch den Rat für die Erarbeitung eines solchen Gesamtkonzeptes durch die derzeitige Ratsmehrheit unrealistisch scheint.

**Fazit:** Langfristige Konzepte mit Attraktivierung bestehender Quartiere, Nachverdichtung, Brachflächenrecycling, Umnutzung leerstehender Büroflächen etc. haben in Wuppertal wenig Chancen, deshalb greift man immer wieder auf die „alten Gassenhauer“ zurück. Sind wir Bedenkenträger, wenn wir das zu einfach finden und uns Sorgen machen um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt? Ja, denn Bedenken sind aufgrund von Nachdenken entstandene Vorbehalte, wohingegen ihr Gegenteil Bedenkenlosigkeit und Leichtsinnigkeit sind. Wenn die Stadt ihre Hausaufgaben gemacht und alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um die Innenbereiche zu stärken und hier neuen attraktiven Wohnraum zu schaffen und es am Ende immer noch einen nachweisbaren Bedarf für die Ausweisung von Flächen zur Schaffung von Wohnraum (insbesondere für Eigennutzes) gibt, kann man sich gerne darüber unterhalten. Aber eine Debatte, die damit beginnt, Grünflächen in der Größe der Elberfelder Nordstadt opfern zu wollen, ist uns eindeutig zu leichtsinnig und bedenkenlos.



## WIR HALTEN WORT

### ■ GRÜNE HAUSHALTSANTRÄGE



**Am 16.10.17 stellten Oberbürgermeister Andreas Mucke und Stadtkämmerer Johannes Slawig den Entwurf für den Haushalt 2018/19 im Rat der Stadt vor.**

Dieser Haushaltsentwurf enthält keinerlei neue Impulse für die Stadt, sondern stellt lediglich eine Fortschreibung der bisherigen Politik der großen Kooperation im Rat dar. Das ist insofern außerordentlich überraschend, als dass Andreas Mucke im Oberbürgermeisterwahlkampf 2015 für eine deutliche Kehrtwende in der Wuppertaler Kommunalpolitik angetreten war. Insbesondere in den Bereichen nachhaltige Mobilität, Klima- und Umweltschutz und präventive Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche hatte er eine

Abkehr von der bisherigen Linie der großen Kooperation aus SPD und CDU versprochen. Der Doppelhaushalt 2018/19 ist der erste, der zu 100% von ihm verantwortet wird, trotzdem finden sich keine Hinweise auf eine andere Prioritätensetzung als in der Vergangenheit. Auch wir GRÜNEN haben uns für mehr Engagement im Klima- und Umweltschutz, in der Verkehrspolitik und bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut stark gemacht.

Wir halten Wort und setzen mit eigenen Änderungsanträgen zu diesem Haushalt ein klares Zeichen für ein soziales und nachhaltiges Wuppertal. Dazu gehört für uns im Bereich Klimaschutz eine echte Verkehrswende, bei der vor allem der Umweltverbund

aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr deutlich stärker als bislang gefördert wird. Hierzu wollen wir erstmalig ein eigenes Budget für den Radverkehr in unserer Stadt im Haushalt verankern. Außerdem wollen wir weitere Mittel für Klimaschutzmaßnahmen, Maßnahmen zur Stadtbegrünung und für den Insektenschutz in unserer Stadt in den Haushalt einbringen. In der Sozialpolitik wollen wir dafür sorgen, dass zukünftig jedes Kind ein Mittagessen in der Schule erhält und fordern deswegen, dass die Stadt dem Förderverein Schulmittagessen, der zu jeder Mahlzeit 25 Cent für Kinder aus sozial schwachen Familien beisteuert, einen städtischen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung stellt. Die Armutsquote in Wuppertal ist leider weiterhin viel zu hoch, so ist Wuppertal laut der Unternehmensgruppe Crediteform bundesweit nach Bremerhaven die Stadt mit der höchsten privaten Verschuldungsquote. Auch hier setzen wir an und wollen, dass die Schuldnerberatung, die freien Wohlfahrtsverbände, das Sozialpsychiatrische Zentrum und die Suchtberatung mehr Mittel und Personal erhalten, damit sie Menschen in schwierigen Lebenslagen deutlich besser als bisher beraten und unterstützen können. Zur Gegenfinanzierung wollen wir unter anderem die Vergnügungssteuer um 1,5% erhöhen. Außerdem wollen wir das Kulturbüro der Stadt finanziell besser ausstatten und die Zuschüsse an die freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit steigern. Alle GRÜNEN Anträge sind gegenfinanziert, so wollen wir unter anderem die Parkraumbewirtschaftung räumlich und zeitlich ausweiten.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir (bislang fehlende) Schwerpunkte im vorliegenden Haushalt setzen, damit Wuppertal die großen Herausforderungen der nächsten Jahre im sozialen Bereich und beim Klimaschutz wirksam annehmen kann.



## IKEA UND KEIN ENDE?

### HEKTIK IN DER BAUPHASE VERURSACHT UMWELTSCHÄDEN

Seit gut einem Jahr hat das schwedische Möbelhaus an der Schmiedestraße in Oberbarmen geöffnet.

Seit mehreren Monaten gibt es massive ökologische Probleme. Der Boden im Untergrund des Parkplatzes wurde im Winter 2015/2016 im Rahmen der Bauarbeiten mit dem sogenannten Bodenverbesserer Geosol 50 versetzt, um die Nässe im Erdreich zu binden. Bestandteile von Geosol sind Portlandzementklinker, Branntkalk und gebrannter Schiefer mit der Wasserge-

fährungsklasse 1 (schwach gefährdend). Normalerweise führt eine solche Maßnahme dazu, dass dem Boden Wasser entzogen wird, sodass er für eine Bebauung präpariert und stabilisiert ist. Nach dem Bau des IKEA-Parkplatzes tritt nun jedoch seit Anfang des Jahres Wasser aus der südlichen Böschung heraus, das sehr hohe pH-Werte aufweist. Daher musste sichergestellt werden, dass dieses Wasser nicht in den natürlichen Wasserkreislauf gelangt, sondern in ein Regenklärbecken abgeleitet wird, um Gewässer-

beeinträchtigungen zu vermeiden. Die Umweltverwaltung der Stadt Wuppertal hat mit IKEA vereinbart, die Ursache für diese Störung zu finden und zu bekämpfen. Noch liegen die Ergebnisse der Bodenuntersuchung nicht vor, voraussichtlich erst Anfang des kommenden Jahres können Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Welche das sein werden, ist bisher noch unklar. In der Zwischenzeit wird dem Meinebach im angrenzenden Waldbereich Kämpersbusch kein Wasser mehr zugeführt, was negative Auswirkungen auf die dort vorkommenden Lebewesen hat.

Bis die Ergebnisse des Bodengutachtens vorliegen, kann an der unbefriedigenden Situation nichts verändert werden. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt sich die Frage, warum IKEA die winterliche, niederschlagsreiche Bauphase nicht abgewartet und dann zu einem späteren Zeitpunkt eine deutlich geringere Menge des Bodenverbesserers Geosol verbaut hat. Hier zeigt sich wieder einmal, dass ökonomischer Zeitdruck zu ökologischen Schäden führen kann. Die Eröffnung des Möbelhauses zu einem späteren Zeitpunkt wäre eher im Sinne der Umwelt gewesen.



## VORGESTELLT:

### PETER VORSTEHER



Seit Februar 2000 ist der 61-jährige Regierungsbeschäftigte Mitglied im Rat der Stadt Wuppertal. Seine Arbeitsschwerpunkte in dieser Ratsperiode sind die Kulturpolitik, die Stadtentwicklung und der Sportausschuss sowie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, in dem er Wuppertals Interessen vertritt.

Er lebt mit seiner Lebensgefährtin in der oberen Südstadt, nahe dem Küllenhahn und Hahnerberg.

Kulturpolitisch wirbt er dafür, den Haushaltsdeckel, der über den Wuppertaler Bühnen liegt, zu beseitigen. Die Neubesetzungen in der Intendanz bei Oper, Orchester und Schauspiel haben die Erwartungen voll erfüllt – die Ensemblemitglieder gehen aus ihren Häusern heraus und in die Quartiere, um neues Publikum zu erreichen. Ein reichhaltiges Kulturprogramm ist beste Wirtschaftspolitik, denn es macht die Stadt Wuppertal auch für Gewerbesiedlungen attraktiv. In Wuppertal kommt dazu, dass wir eine äußerst innovative freie Szene haben, bei der es gilt, die Veranstaltungshäuser in ihrem Bestand zu sichern – von der Bandfabrik in Langerfeld über die Immanuelskirche in Oberbarmen bis zum Bürgerbahnhof in Vohwinkel, vom Tic-Theater bis zum Taltentheater, um nur einige zu nennen. Bei der Bereitstellung von städtischen Haushaltsmitteln müssen wir angesichts knapper Kassen auch auf die Qualität der Angebote achten und diese hinterfragen. Hierzu haben die GRÜNEN im Kulturausschuss den Antrag gestellt, einen Kulturentwicklungsplan zu erstellen. Noch sind wir guter Dinge, dass die

dazu gegründete Arbeitsgruppe geeignete Verfahrensvorschläge macht.

Im Stadtentwicklungsbereich tritt Peter Vorsteher dafür ein, dass die Innenstadtentwicklung vorangetrieben wird und Gewerbebrachen wieder aktiviert werden. Die Tatsache, dass immer mehr an den Rändern gebaut wird, hält er für stadtentwicklungspolitisch bedenklich, fördert dies doch den Flächenfraß.

Als ehemaliger Leichtathlet (3.000 Meter, 5.000 Meter und 10.000 Meter waren seine Strecken) bringt er gute Voraussetzungen und Kenntnisse für die Position des Sportausschussvorsitzenden mit. Darüber hinaus war er zehn Jahre lang Vorsitzender eines Bergsportvereins und kennt die Probleme des Ehrenamtes. Sorgen bereiten ihm die Wuppertaler Ascheplätze, auf denen in der Regel nur noch Senior\*innen spielen, denn die Jugend zieht es zu den Vereinen, die Kunstrasen anbieten. Aber für einen Befreiungsschlag auf diesem Gebiet fehlt der Stadt Wuppertal Geld, mit dem sie den finanziell schwachen Sportvereinen in ihrem Eigenanteil entgegenkommen könnte. Beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr hat er das Sozialticket mit eingeführt und kämpft jetzt dafür, dass die schwarz-gelbe Landesregierung auch nach dem Jahr 2020 ein soziales Angebot für finanzschwächere Mitbürger\*innen im Verbund vorhält. In seiner wenigen Freizeit fährt er gerne Fahrrad und zieht im Schwimmbad Neuenhof seine Bahnen. Muße findet er auch in der Sauna, wo er den Kopf für neue Ideen und Initiativen freibekommt.

## WUPPERTALER BÜNDNIS GEGEN ARMUT

### ALLE IM BOOT?

Am 14. September dieses Jahres fand in der Sankt Laurentius-Schule die Auftaktveranstaltung zum Wuppertaler Bündnis gegen Armut statt.

Mehrere Hundert Menschen waren gekommen und demonstrierten somit ihr Interesse an dem Thema, das Wuppertal über Jahre hinweg beschäftigen wird. Nach den einführenden Vorträgen von Oberbürgermeister Andreas Mucke und Sozialdezernent Stefan Kühn wurde in kleineren Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern weiter diskutiert. Die überschaubaren Gruppengrößen machten eine angeregte Diskussion möglich, die von den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung und der Freien Wohlfahrtspflege gut vorbereitet war. Die Ergebnisse wurden anschließend dem Plenum vorgestellt. Welche Ergebnisse waren dies? Neben

vielen konkreten Anregungen für die einzelnen Bereiche gab es vor allem die Feststellung, dass die vielen Angebote, die es bereits gibt, besser miteinander vernetzt werden müssen. Dazu bräuchte es Lotsen, die den Menschen den Weg durch die Hilfsangebote weisen. Ebenso war die Quartiersarbeit in fast allen Arbeitsgruppen ein Thema, denn es geht darum, niedrigschwellige Angebote zu schaffen und da tätig zu werden, wo die Menschen sind. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Prävention liegen, denn so kann ein Abrutschen ins gesellschaftliche Abseits möglicherweise vermieden werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, darauf hinzuwirken, dass Menschen am Rande der Gesellschaft Wertschätzung erfahren und Armut entstigmatisiert wird – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. So wurde dann auch

mehrfach die Frage gestellt: Wer soll es machen? Dadurch wurde schließlich deutlich, was bzw. WER fehlte. Denn der Großteil der Anwesenden bestand aus Menschen, die ohnehin in sozialen Zusammenhängen tätig sind – sei es hauptberuflich oder ehrenamtlich – und dabei oft schon an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Es fehlt an Kapazitäten sowohl finanzieller als auch personeller Art. Es braucht also Menschen oder Institutionen, die weitere Aufgaben übernehmen, die einen zusätzlichen Beitrag leisten möchten – sei es durch finanzielle Unterstützung, durch persönliches Engagement oder indem sie Personen, die von Armut bedroht sind, eine Chance geben. Das Bündnis gegen Armut ist gut gestartet, es kann aber nur dann ein Erfolg werden, wenn es gelingt, auch diese Akteure und Akteurinnen einzubinden.

## MEIN SCHÜLERINNENPRAKTIKUM BEI DEN GRÜNEN

### EIN BERICHT VON KATARINA WALLRAF

Ich absolvierte mein Praktikum zwischen dem 06.11.2017 und 24.11.2017. Am ersten Tag wurde ich direkt gut aufgenommen und in die Arbeit integriert.

Ich bekam viele Informationen zu den unterschiedlichen politischen Gremien und deren Zusammensetzung und lernte in den drei Wochen eine Fraktionssitzung, eine EFG (Erweiterte Fraktions-Gemeinschaft, dorthin kommen nicht nur die Fraktion, sondern auch die Bezirksvertreter\*innen und sachkundigen Bürger\*innen) und eine Ratssitzung kennen. Ich fand alle Sitzungen sehr interessant, sie waren überhaupt nicht langweilig oder langatmig, wie ich zunächst befürchtet hatte. Es wurde viel erklärt und ich lernte Neues

über Wuppertal und die Möglichkeiten, politisch zu gestalten. Alle lachten zwischendurch und generell war es eine angenehme und lockere Atmosphäre. Ganz besonders gefiel mir, wie freundlich und nett der Umgang in der Fraktion miteinander war. Frauen und Männer kamen abwechselnd zu Wort und man ließ einander aussprechen.

Bei der Ratssitzung war es teilweise anders. Selbst von der Zuschauerbank fielen einige Herren anderer Fraktionen negativ durch ständiges Reden und andauerndes Herumlaufen auf. Mit meinen Aufgaben im Fraktionsbüro war ich zufrieden. Ich durfte zu den Themen „Coffee to go“, „Hebammen“ und „Städteklima“ recherchieren und die Informationen zusammenfas-



sen, E-Mails schreiben für die Arbeitskreise und weitere Bürotätigkeiten ausführen. Die Mitarbeiterinnen im Büro waren wie die Fraktionsmitglieder nett und zuvorkommend. Man bekam immer Unterstützung, wenn man welche brauchte.

Ich kam auf die Idee, mein Praktikum im GRÜNEN Fraktionsbüro zu machen, weil ich mich für Politik interessiere und einmal hinter die Kulissen schauen wollte.

Ich selbst habe mich als Schülersprecherin politisch engagiert und komme aus einer Familie, in der viel über Politik gesprochen wird. Da ich die meisten Mitglieder der Fraktion persönlich kannte, hatte ich einen besonders leichten Einstieg.

## AUSBAU DER LANDESSTRASSE 419

### ■ VERKEHRSPOLITIK AUS DEN 1960ER JAHREN SOLL UMGESETZT WERDEN

#### Verkehrsaufkommen wird sich verdoppeln

Es ist unfassbar: Die Pläne zum Ausbau der Landesstraße 419 aus der verkehrspolitischen Steinzeit sollen umgesetzt werden, das Planfeststellungsverfahren ist in eine entscheidende Phase eingetreten. Die L 419 soll ab 2019 in zwei Bauabschnitten zu einer autobahnähnlichen Bundesstraße ausgebaut werden. Mit zukunftsfähiger Mobilität hat das nichts zu tun. Bis zum 07.12.17 lagen die Pläne des Landesbetriebs Straßen NRW für den Ausbau der L 419 zwischen dem Kreisel Lichtscheid und der Blombachtalbrücke öffentlich aus, bis zum 21.12.17 können betroffene Bürger\*innen noch Bedenken gegen den Ausbau der L 419 anbringen.

#### GRÜNE Meinung

Die GRÜNEN haben sich immer schon gegen den Ausbau der L 419 ausgesprochen und sehen sich durch die Vorlage der Pläne und das Ausmaß an Umweltzerstörung in ihrer Haltung bestätigt. Anstatt eine Autobahn zu bauen, schlugen wir vor, die Landesstraße zu ertüchtigen und eine dritte

Bedarfsspur einzurichten, die das Verkehrsaufkommen regelt. Dem schon heute ausufernden Verkehr neuen Raum zu verschaffen, wird dazu führen, dass die Zahl der Kfz und Lkw zukünftig gewaltig ansteigen wird.

#### Schadstoffhöhung

Im Verkehrsbereich hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den vergangenen Jahren stark erhöht, nicht zuletzt durch eine immer höhere Zahl zugelassener Fahrzeuge. Die Stickstoffdioxidwerte in den Innenstädten sind kontinuierlich zu hoch. Das Verkehrsaufkommen wird sich im Bereich zwischen Lichtscheider Kreisel und Staubenthaler Straße von 39.600 Fahrzeugen (Zählung aus dem Jahr 2013) auf prognostizierte 65.100 Fahrzeuge pro Tag erhöhen. Im Abschnitt Staubenthaler Straße bis Erbschlör Straße werden sich die Zahlen von 22.600 auf 51.700 mehr als verdoppeln. Die Landesregierung argumentiert, dass die L 419 nicht mehr den Anforderungen eines modernen Straßenzuges entspreche, ein Ausbau den Durchgangsverkehr verflüssigen könne, und rechtfertigt so die Maßnahme.



#### Umsteuern ist notwendig

Wir GRÜNE sagen, das heutige Verkehrsaufkommen entspricht nicht mehr den Anforderungen an Klimaschutz, Lärmvermeidung und Luftreinhaltung und muss durch attraktive zukunftsfähige Alternativen im Bereich des ÖPNV verringert werden. Geld, das heute in den Neubau von Straßen gesteckt wird, fehlt bei der Förderung von Bussen und Bahnen.

#### Fazit

Der jetzt geplante Ausbau im Bereich der Parkstraße in Ronsdorf wird zu einer der größten Umweltzerstörungen der letzten Jahrzehnte in Wuppertal führen. Durch die Verbreiterung der Fahrbahn auf 24 bis 26 Meter werden zahlreiche Bäume – teils alter Eichen- und Buchenbestand – und Vegetationsflächen vernichtet. Nicht nur Feldermäuse, Vögel und Greifvögel ver-

lieren ihren Lebensraum, der hohe Lärmpegel im Bereich der Ronsdorfer Anlagen ohne Lärmschutz wird einen Aufenthalt sehr unangenehm machen. Insgesamt werden mehr als 10 ha Fläche neu versiegelt. Die L 419 wird einen enormen Zerschneidungseffekt haben, allein schon durch die sieben Meter hohen Lärmschutzwände. Und nicht alle Anwohner\*innen werden durch diese vor Lärm geschützt, es müssen teilweise auch Lärmschutzfenster eingebaut werden. Eine für den Busverkehr neu gebaute nördliche Trasse wird zu einer Verlängerung der Busfahrzeiten führen und so die Leistung des umweltfreundlichen ÖPNV schwächen. Der Ausbau der L 419 wird sowohl negative Folgen für Klima und Luft nach sich ziehen als auch eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind zwar gesetzlich vorgeschrieben und werden größtenteils auf das Wuppertaler Stadtgebiet verteilt umgesetzt, doch der Kahlschlag in Ronsdorf wird ein ökologisches, klimarelevantes und Lärm erzeugendes Desaster bleiben.

## GWG ERHÄLT FINANZSPRITZE

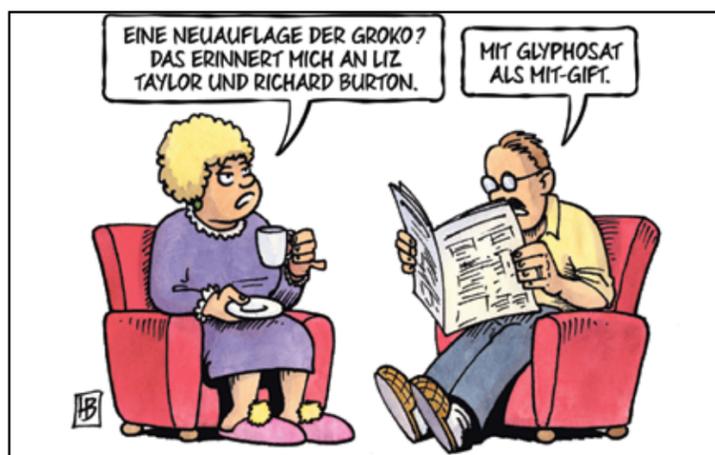
### ■ RETTUNG DER GWG IST BESCHLOSSENE SACHE

Der Rat hat am 13.11.2017 für die nächsten Jahre einen weitreichenden Beschluss gefasst. Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft wird langfristig durch die Stadt unterstützt, um einen wichtigen Partner auf dem Wohnungsmarkt zu halten und zu stärken.

Mit einem Begleitantrag zur Verwaltungsvorlage haben SPD und CDU noch mal die Deckelung des jährlichen städtischen Zuschusses auf zwei Millionen Euro bekräftigt. Außerdem sollen regelmäßig Kennzahlen vorgelegt werden, aus denen eine erfolgreiche Sanierung der Gesellschaft hervorgeht. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll eng überwacht werden. Eigentlich Selbstverständlichkeiten, aber gut, dass wir noch mal darüber geredet haben. Wir GRÜNEN haben mit großen Bauchschmerzen dieser Konsolidierung zugestimmt, sehen aber Risiken. Auf der einen Seite möchte die Große Kooperation von SPD und CDU die GWG stärken,

auf der anderen Seite sollen aber auf immer mehr Flächen (auch im Außenbereich) neue Häuser und Wohnungen gebaut werden.

Eine zunehmende Zersiedelung der Stadt mit hohen Kosten für neue Infrastruktur und zusätzlichem Verkehr hilft aber weder der GWG noch der Zukunft unserer Stadt. In Wuppertal stehen nach wie vor über 10.000 Wohnungen leer, die auf eine Sanierung warten, und der Bedarf an neuem Wohnraum besteht nicht nur aus Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese. Gerade in den Stadtteilen mit einem guten Netzwerk aus Kindergärten, Schulen, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sollten bestehende Quartiere gestärkt werden. Die GWG ist in den Stadtteilen stark und die sozialen Angebote, Mieter\*innenbetreuung und Sicherung des Umfeldes der GWG-Häuser bleiben durch den Beschluss zur Rettung der GWG erhalten. Ein wichtiger Grund für unsere Zustimmung.



#### GLYPHOSAT:

Die EU-Kommission hat mit Hilfe des Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt (CSU) das höchstwahrscheinlich Krebs erregende Pestizid Glyphosat für fünf weitere Jahre zugelassen. Jetzt heißt es alles dafür zu tun, dass es zumindest in Deutschland und auch bei uns in Wuppertal nicht auf die Äcker gebracht wird.

Cartoon: Harm Bengen

## BAUSTELLE SCHLOSSBLEICHE

### ■ BETON VERSTOPFT KANALROHRE

Bei den Bauarbeiten für das neue Hotel am Wall hat es bereits im März einen Zwischenfall gegeben.

Beim Gießen des Fundaments flossen mehrere Kubikmeter Beton durch ein Rohr in den Kanal. In der Folge konnte das Abwasser aus den Häusern längs der Schloßbleiche nicht mehr abfließen. Die Keller standen unter Wasser. Die WSW installierten zunächst eine Ersatzleitung, aber das reichte bald nicht mehr. Der Kanal ist defekt und muss komplett erneuert werden. Damit die schweren Maschinen dort ohne Gefährdung von Passant\*innen arbeiten können, musste die Schloßbleiche für Fußgänger\*innen komplett gesperrt werden.

Für Menschen, die zum Bahnhof wollten, gab es nur den Weg über die Alte Freiheit und einen schmalen Durchgang längs der Schwebebahnstation, um zur provisorischen Fußgängerbrücke zu gelangen. Mittlerweile ist der Weg über die Geschäftsbrücke durch die Mall in den Tunnel unter den Gleisen geöffnet und die Fußgängerbrücke abgebaut. Das ist schon einmal viel besser für die Menschen, die zum Bahnhof wollten.

#### Der Kanal wird neu gebaut

Der neue Kanal wird im Rohrvortrieb gefertigt. Diese Arbeiten sollen bis Ende Februar fertiggestellt werden. Die jetzige Sperrung der Schloßbleiche kann frühestens dann neu diskutiert und aufgehoben werden. Die Hausanschlüsse müssen zudem auch neu entstehen, das dauert bis Ende April 2018. Noch immer werden Beweisstücke (Betonteile) gesammelt – unter gerichtsfester Dokumentation eines Gutachters. Das soll die Voraussetzung schaffen, um den Verursacher des Beton-Unfalls eindeutig ermitteln zu können. Der Schaden liegt bei ca. 500.000 Euro.

#### Schlecht für den Kinderschutzbund

Schlecht bleibt die Situation für die Läden und Beratungsstellen in der Schloßbleiche.

Den Geschäften in der Schloßbleiche fehlt die Laufkundschaft. Der Kinderschutzbund kann nur über einen schmalen Gang erreicht werden. Aus diesem Grund werden weniger Kleiderspenden abgegeben. Der Kinderschutzbund hat deshalb kurzfristig umorganisiert und nimmt Spenden jetzt auch im Kleiderladen an der Laurentiusstraße an.

Falls Sie weitere Fragen zu der Sperrung haben, rufen Sie einfach an: Tel. 569-4460.



Foto: Privat

## RADVERKEHR DÖPPERSBERG

### ■ WIE KOMME ICH MIT DEM RAD ZUM BAHNHOF?

Diese Frage beschäftigt alle Radfahrer\*innen, die zumindest gelegentlich etwas am Bahnhof zu erledigen haben, z. B. jemanden abholen möchten. Und Pendler\*innen, die mit dem Fahrrad zum Bahnhof fahren oder ihr Rad im Zug mitnehmen, interessiert die Frage täglich.

Bisher plant die Verwaltung, für den Weg zum Bahnhof nur einen Radweg auf der Nordseite der B7 auszuweisen. Wer von der Uni kommt, soll über die Südstraße fahren und gegenüber der Stadtparkasse auf den Radweg an der Wupper entlang wechseln. Dann geht es unter der Geschäftsbrücke durch und über die Ampel am Brausenwerth rüber zum Radhaus. Alles sehr umständlich und undurchschaubar – und unter der Geschäftsbrücke zudem mit einer enormen Schadstoffbelastung für die Radler\*innen verbunden.

**Schneller zu Gleis 1 und zum Radhaus**  
Daher haben wir beantragt, die Verwaltung möge eine Verkehrslösung für den Rad- und Fußverkehr finden, die eine schnelle und einfache Zuwegung zu Gleis 1 und zum Radhaus ermöglicht. Für notwendig halten wir in jedem Fall Wege vom Kasinokreisel, aus der Südstadt (über die Elisabeth-Schneidwind-Straße an der Bahndirektion entlang), vom Hofkamp und vom Schau-



spielhaus. Für die Pendler\*innen haben wir beantragt, im Durchgang zu Gleis 1 provisorisch Radständer aufzubauen, damit Radfahrer\*innen vor Fertigstellung des Radhauses eine sichere und trockene Abstellmöglichkeit geboten wird. Und weiter haben wir die Verwaltung gebeten, ein Wegweiser-System zu entwickeln und zu installieren, das Fußgänger\*innen übersichtlich und einfach verständlich den Weg zu allen Zielen in der Innenstadt weist.

**Fahrräder auf der oberen Platzebene?**  
Zu der Frage der Freigabe der o-

ren Platzebene für Fahrräder weisen wir darauf hin, dass in einer Veröffentlichung der Verwaltung aus dem Jahr 2010 ein Radfahrer auf der oberen Platzebene dargestellt ist. Diese Abbildung – eine Animation von JSWD – wurde am 07.01.2011 von der Westdeutschen Zeitung veröffentlicht. In der Bezirksvertretung Elberfeld am 18. Oktober wurden unsere Vorschläge als Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben. Wir hoffen, dass einige Vorschläge schnell umgesetzt werden, zum Beispiel die Radständer im Durchgang zu Gleis 1.

## LEITLINIEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

### ■ DANK AN DIE ENGAGIERTEN MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE



Foto: Privat

In der Ratssitzung am 13.11.17 wurden die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, die eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik in acht Sitzungen erarbeitet hatte, einstimmig beschlossen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dankt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, dem engagierten Moderator des Verfahrens und natürlich den Mitarbeiter\*innen der Stabsstelle Bürgerbeteiligung für die Durchführung dieses Verfahrens. Und wir bedanken uns auch bei all denjenigen, die bei den beiden Veranstaltungen in der Gesamtschule Barmen mitgewirkt haben.

Bereits im Dezember 2013 haben wir GRÜNEN einen Ratsantrag zum Thema „Leitfaden und Leitlinien kommunale Bürgerbeteiligung“ eingebracht, der (nach einer fast wörtlichen

Übernahme durch CDU und SPD) dann Grundlage für den Beschluss zur Einführung der Arbeitsgruppe wurde. Von daher freuen wir uns natürlich ganz besonders darüber, dass dieser Prozess nun erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die Leitlinien haben dabei einen Spagat geschafft: kurz und prägnant genug, um lesbar zu sein, aber durchaus präzise genug, um ein verbindliches Regelwerk für die Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik sein zu können.

Für uns als Kommunalpolitiker\*innen ist natürlich vor allem die Leitlinie 3 von besonderer Bedeutung. Dort heißt es: „Für uns ist Bürgerbeteiligung in den wichtigen Zukunftsfragen der Stadt selbstverständlich! Wir initiieren, legitimieren und unterstützen die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir sorgen für Transparenz und geben Rückmeldungen zu

den Anregungen und Ergebnissen der Beteiligungsverfahren. Wir entscheiden nach Beratung der Vorschläge.“

#### Beirat wird eingerichtet

Bereits in der Ratssitzung im Mai 2017 wurden die Leitlinien von der Arbeitsgemeinschaft dem Oberbürgermeister übergeben. Anschließend folgten Monate der vollkommenen Stille. Niemand schien es für nötig zu halten, eine Rückmeldung dazu zu geben, wie es mit dem Arbeitsergebnis weitergehen soll oder ob es in den Fraktionen noch Beratungsbedarf gibt. Zuletzt fand dann doch noch eine Debatte darüber statt, ob ein Beirat oder ein Ausschuss zur Begleitung der Beteiligungsverfahren gegründet werden sollte. Lediglich die beiden Mitglieder aus den Reihen von SPD und CDU in der Arbeitsgemeinschaft forderten die Bildung eines Ausschusses, alle anderen Mitglieder befürworteten die Bildung eines Beirates, der eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ermöglicht. Trotz alledem sind die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung nun beschlossen, es wird ein Beirat eingerichtet und die Arbeit für eine bessere und konstruktive Beteiligung der Bürger\*innen in unserer Stadt kann starten.



Foto: Privat

## RADVERKEHRSKONZEPT

### ■ BÜRGER\*INNEN ENGAGIEREN SICH

**Auch die zweite Phase der Bürger\*innenbeteiligung zur Neuerstellung eines Radverkehrskonzepts hat wieder ca. 150 Menschen bewegt.**

Das Planungsbüro Kaulen hat seit April die Anregungen der Bürger\*innen für ein zukunftsfähiges Radnetz in Wuppertal ausgewertet und in die Planung einbezogen. Herr Kaulen stellte die Detailarbeit des Büros vor, das über 350 Kilometer als mögliche Verbindungen im Radnetz identifiziert hat. Der aktuelle Stand an Radwegen, Trassen, freigegebenen Einbahnstraßen zeigt, dass Wuppertal noch ein großes Potenzial hat. Insbesondere schnelle Verbindungen auf den Hauptstrecken

fehlen bisher, zum Beispiel entlang der B7. Auch sinnvolle Orte für Radabstellanlagen und die weitere Infrastruktur für den Radverkehr wurden analysiert.

In Workshops konnten die Anwesenden konkrete Straßenabschnitte selbst gestalten und den zur Verfügung stehenden Straßenraum – zumindest auf Papier – neu zuordnen. In einer anderen Gruppe wurde über Kommunikationswege diskutiert, mit denen man in den Köpfen der Menschen Alternativen zum Auto verankern kann.

Das Konzept der direkten Beteiligung ist ein voller Erfolg. Jetzt ist die Politik gefragt, um möglichst viele der Ideen umzusetzen.



Foto: Privat

## DICKE LUFT IM RATHAUS

### ■ RUNDER TISCH „ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT“

Am 18. Oktober 2017 tagte auf Einladung des Oberbürgermeisters der Runde Tisch „Zukunftsfähige Mobilität“. Eingeladen waren neben der Politik auch Vertreter\*innen von Umwelt- und Verkehrsinitiativen, IHK und Handwerkskammer, dem Wuppertal Institut sowie weiteren Initiativen, die sich mit Umwelt- und Verkehrsthemen beschäftigen.

Ziel war es, Maßnahmen vorzustellen und zu entwickeln, die nachhaltig die Belastung mit Stickoxiden in der Stadt verringern. Nach einer allgemeinen Einführung und Vorträgen von Expert\*innen konnten dann die Ideen der Verwaltung diskutiert werden. Die Stadt hat die üblichen Vorschläge gemacht, die schon seit Jahren in den Schubladen liegen, z. B. die allmähliche Umstellung des Fuhrparks der Stadt und der städtischen Töchter (z. B. Wuppertaler Stadtwerke, Abfallwirtschaftsgesellschaft, Entsorgungs-

betriebe) auf umweltfreundliche Antriebe. Auch wurde die Wiedereinführung eines Jobtickets vorgeschlagen und der ÖPNV soll attraktiver werden. Natürlich soll der Radverkehr gefördert werden und die Ampelschaltungen sollen optimiert werden. Durch die Schließung des (Kohle-)Heizkraftwerks Elberfeld im Jahr 2018 werden allein schon 230 Tonnen NOx pro Jahr eingespart. Fehlt da nicht etwas? Ach ja, die Autofahrer\*innen. Hier soll es keine Einschränkungen geben, der Verkehr läuft weiter wie bisher.

Die einzelnen Maßnahmen sollen in Kleingruppen weiterdiskutiert werden. Grundsätzlich liegen gute Vorschläge auf dem Tisch, die Umsetzung scheitert aber wie üblich am Geld, denn die Stadt kann keine der Maßnahmen finanzieren. Hier sind jetzt Bund und Land gefordert, die angekündigte Unterstützung auch fließen zu lassen. Die Bürger\*innen Wuppertals haben saubere Luft verdient.



## RATS-CHRONIK SEPTEMBER 2017

### Frauenförderung in der Kultur: Ausrichtung eines Wuppertaler Frauenkulturpreises

In den Fachausschüssen und auch im Stadtrat lehnten SPD und CDU einen Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion, der alle zwei Jahre einen Wuppertaler Kulturpreis für junge Künstlerinnen vorsieht, mit absurden Äußerungen ab. Ein kleiner Lichtblick ist, dass der Gleichstellungsausschuss sich zukünftig mit der Benachteiligung von Künstlerinnen befassen wird.



Archivfoto: Jörg Lange

### Bebauungsplanverfahren Maßregelvollzugsklinik (Forensik) – Kleine Höhe

Weil die Informationen auf der städtischen Homepage zum Bebauungsplanverfahren Forensische Klinik nicht vollständig scheinen, stellte die GRÜNE Ratsfraktion zur Ratssitzung eine Anfrage zum aktuellen Zeitplan im Bebauungsplanverfahren, zur Bürgerbeteiligung u.a. Die Antwort der Verwaltung: Es gibt keine weitere Bürgerbeteiligung über die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung hinaus, und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes soll im November/Dezember erfolgen, ein genauer Termin steht noch nicht fest.

### Aktionsplan neue Mobilität

In unserem GRÜNEN Antrag haben wir ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept gefordert, das unter der Federführung

des Oberbürgermeisters erarbeitet und koordiniert werden soll. Der OB hat unsere Initiative aufgegriffen und will den angekündigten Diesel-Gipfel zu einem Runden Tisch zur zukunftsfähigen Mobilität erweitern. Eine Verkehrswende ist notwendig, um die hohen Emissionswerte zu senken und damit auch ein Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge in der Innenstadt zu verhindern. Leider sind SPD, CDU und FDP einer rückschrittlichen Verkehrspolitik verhaftet und lehnten unseren Antrag in Bausch und Bogen ab.

### Marode Eisenbahnbrücken in Wuppertal

In unserer Stadt sind fünf Eisenbahnbrücken sanierungsbedürftig. Das erfuhren wir über eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN Bundestagsfraktion. In NRW

sind es knapp 250 Brücken, die dringend saniert oder neu gebaut werden müssen. Wir baten deshalb die Verwaltung, uns über den aktuellen Zustand der fünf betroffenen Wuppertaler Brücken und über die konkreten Pläne zur Sanierung zu informieren. Die Verwaltung antwortete, dass die Deutsche Bahn Besitzerin vieler Brücken ist und die Stadt für die Erhaltung der städtischen Brücken 25 Millionen Euro im nächsten Haushaltsentwurf vorgesehen hat.

**Errichtung von Kindertagesstätten mit Rücksicht auf den Baumbestand**  
Wuppertal benötigt dringend neue Kindertagesstätten, um den Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken. Wir GRÜNEN stellten den Antrag, dass bei den Neubauten so wenige Bäume wie möglich gefällt und dass Ersatzpflanzungen vorgenommen werden sollen. Leider lehnten SPD und CDU unseren Antrag ohne fachliche Begründung ab.

### Beteiligung der Bürger\*innen bei der Benennung des Bahnhofsvorplatzes

Auf Initiative der GRÜNEN wurde ein interfraktioneller Antrag einstimmig beschlossen, der die Bürger\*innen in die Benennung des Vorplatzes am Hauptbahnhof einbezieht. Die Verwaltung wird dafür ein konkretes Verfahren entwickeln.

### Ergänzungsantrag Verbesserung der Serviceleistungen beim Straßenverkehrsamt

Nach wie vor sind die Schlangen beim Straßenverkehrsamt lang. Deshalb stellten die GRÜNEN den Antrag, dass die Zahl der Mitarbeiter\*innen erhöht wird, um den Bürger\*innen lange Wartezeiten zu ersparen. Leider schlossen sich SPD und CDU unserer Auffassung nicht an und lehnten den Antrag ab.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de).

## IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 0202. 563. 6204  
Fax: 0202. 59 64 88  
E-Mail: [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de)  
[www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de)

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:**  
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Ilo-na Schäfer, Marc Schulz, Peter Vorsteher, Katarina Wallraf, Yazgülü Zeybek  
**Alle Fotos**, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

**Satz und Gestaltung:**  
werkmarie, Rudolfstr. 28a,  
42285 Wuppertal

**Druck:**  
talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,  
42285 Wuppertal

**Auflage: 26.750**

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhne 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Fraktionsbüro GRÜNE, Johannes-Rau-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrünnewaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38

**Die Abgabe ist kostenlos!**

## RATS-CHRONIK NOVEMBER 2017

### Bebauungsplan 954 – Döppersberg – 1. Änderung des Bebauungsplanes- Satzungsbeschluss

Die BV Elberfeld hat bereits im Oktober einen Ergänzungsantrag der GRÜNEN für den Döppersberg als Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen, der u.a. berücksichtigt: Welche Wege gibt es? Wo sind Radabstellanlagen und wie wird der Fußverkehr geführt? Wir GRÜNEN erwarten nun, dass über dieses für uns sehr wichtige Thema regelmäßig von der Verwaltung informiert wird. Mit dieser Ergänzung haben wir dem Satzungsbeschluss zugestimmt.

### Krankenhausfinanzierung

Die schwarz-gelb geführte Landesregierung NRW will den Kommunen für die Finanzierung der Krankenhäuser eine Kostenübernahme von 100 Millionen Euro aufzwingen. Dadurch kommen auf Wuppertal ca. zwei Millionen zusätzliche, nicht eingeplante Mehrausgaben zu. Grund genug für die GRÜNE Ratsfraktion, mit einer Anfrage nach den konkreten Auswirkungen für Wuppertal zu fragen und die Verwaltung um eine politische Ein-

schätzung dieses Vorgehens zu bitten. Diese schrieb in ihrer Antwort u.a., dass sie die Kritik der kommunalen Spitzenverbände an dem Vorgehen der Landesregierung teilt, dass dank der erhöhten Einnahmen der Stadt die Haushaltskonsolidierung jedoch nicht gefährdet sei.

### Verkaufsoffene Sonntage

Auf der Tagesordnung des Rates standen gleich zwei Dringlichkeitsanträge auf verkaufsoffene Sonntage im Dezember, für Barmen und Elberfeld. Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen die beiden Sonntagsöffnungen, denn die Begründungen stehen auf wackeligen Füßen. Die Zahl der geschätzten Besucher\*innen zumindest in Elberfeld ist zu hoch angesetzt, auch andere Aspekte des Antrages erwecken den Eindruck, dass ver.di mit einer Klage vor Gericht zum wiederholten Mal gegen die verkaufsoffenen Sonntage gewinnen würde. Leider schloss sich die Mehrheit des Rates unseren Argumenten nicht an und beschloss die Vorlagen.

### Erhöhung der Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung geplant?

Bei der Vorstellung des städtischen Haushaltsplanentwurfs wurde im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) ein zusätzlicher Bedarf bei den Betreuungsplätzen durch den demografischen Wandel angekündigt. Im Haushaltsplan sind für den weiteren Ausbau je 15 Gruppen pro Schuljahr vorgesehen. Da zur Finanzierung im Schuljahr 2018/19 die Elternbeiträge angehoben werden sollen, stellten wir GRÜNEN eine Anfrage, in welcher Form und für welche Einkommensgruppen diese Erhöhung vorgenommen werden soll, und baten um einen regionalen Vergleich der Höhe der Elternbeiträge für die Wuppertaler OGS. Die Antwort kann erst im nächsten Schulausschuss vorgelegt werden.

### Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Ein hervorragendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement sind die Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die in acht Sitzungen mit Bürger\*innen, Politik und Verwaltung diskutiert und einvernehmlich erarbeitet wurden. Uns GRÜNEN liegt das Thema Bürgerbeteiligung sehr am Herzen. Wir haben bereits im Dezember 2013 einen Antrag zum Thema „Leitfaden kommunale Bürgerbeteiligung“ eingebracht. Die Leitlinien wurden vom Rat einstimmig beschlossen.

### Öffentlicher Bericht des Rechnungs- prüfungsamtes bezüglich des Ver- kaufs der RWE-Aktien

Seit einiger Zeit wird über den Zeitpunkt des Verkaufs von RWE-Aktien, die im Besitz der WSW waren, diskutiert. Deren Börsenwert war über eine lange Zeit immer weiter gesunken, dadurch entstand ein Wertverlust für Wuppertal. Zwischen dem zuständigen Dezernenten und den WSW gab

es Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt des Verkaufs.

Die LINKE stellte den Antrag, dass die Verwaltung einen öffentlichen Bericht über die Transaktion zur Verfügung stellen soll. Wir GRÜNEN sind mit einem öffentlichen Bericht einverstanden. Ergänzend haben wir beantragt, dass auch die WSW ihre Einschätzung abgeben sollen, da der Fairness halber beide Seiten gehört werden sollen. Der Rat beschloss, so zu verfahren.

### Konsolidierung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH Wup- pertal (GWG)

Die Stadt hatte ein Gutachten in Auftrag gegeben, das prüfen soll, wie die

mit ca. 300 Mio. verschuldete Gesellschaft gerettet werden soll. Der Rat beschloss die Vorlage dazu, die einen konkreten Vorschlag macht. Die Stadt muss der GWG einmalig knapp 59 Millionen Euro und jährlich zwei Millionen Euro aus dem klammen städtischen Haushalt überweisen und ihr einige Immobilien übertragen, um die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Die GWG reduziert die Anzahl ihrer Mitarbeiter\*innen und verkauft einen Teil der Wohnungen. Die GRÜNEN haben aufgrund der Kosten zähneknirschend zugestimmt, denn dadurch bleibt auch der uns sehr wichtige soziale Wohnungsbau in Wuppertal erhalten.



Fahrrad selber kaufen  
**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig  
per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an  
[fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de) senden.




**Mit DIR wird's  
was:  
Jetzt Mitglied werden!**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
KREISVERBAND WUPPERTAL

[www.gruene-kvwuppertal.de](http://www.gruene-kvwuppertal.de)  
Friedrich-Ebert-Str. 76  
Telefon: 0202 / 87811

**ANZEIGE**